

AiR Aktiv im *Ruhestand*

4

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
April 2025 – 76. Jahrgang

Gewalt in der Pflege

Zwischen Überforderung und Deeskalation

Seite 8 <

Kompliziert:
Steuern zahlen
im Ruhestand

Seite 14 <

Risikofaktor
Übergewicht

mit
dbb Seiten

Gewalt in der Pflege ...

... mit diesem Thema beschäftigen sich Ältere immer wieder. Sind Seniorinnen und Senioren Pflegekräften, seien sie Profis oder Angehörige, hilflos ausgeliefert? Ein Beitrag im neuen „Aktiv im Ruhestand“ stellt die Vielschichtigkeit des Phänomens dar und zeigt, wie Träger von Pflegeeinrichtungen mit dem Problem umgehen. Gewaltprävention beginnt bereits in der Pflegeausbildung; Präventionskonzepte werden vielerorts in den Alltag der Institutionen eingebunden.

Wer in höheren Jahren gegen überflüssige Pfunde kämpft, betreibt aktiv Gesundheitsvorsorge. Das Erkrankungsrisiko unter anderem von Bluthochdruck und Diabetes lässt sich durch Gewichtsreduktion senken. Darüber, über Steuern zahlen im Ruhestand, die Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung und weitere interessante Themen im Frühling lesen Sie im April-Heft von AiR.

ada

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Jana Hagel (jha), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Curated Lifestyle/Unsplash. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 59,80 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,30 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Terlinden. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 54, gültig ab 1.1.2025.

Druckauflage: dbb magazin 550 662 Exemplare (IVW 4/2024). **Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand** 15 000 Exemplare (IVW 4/2024). **Anzeigenabschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Gewalt in der Pflege



7

Aktuell

- > Hauptversammlung der dbb bundes-seniorenvertretung: Für Ageismus sensibilisieren, gutes Altern anstreben 4
- > BAGSO: Jetzt die Weichen in der Seniorenpolitik stellen 6

Standpunkt

- > Schutz der Demokratie: Haltung zählt 7

Kompakt

- > Steuerrecht: Besteuerung von Rente und Beamtenversorgung 8

Aus den Ländern

- > dbb landesbund brandenburg: Ziegelspende für die Garnisonkirche 10

Titelthema

- > Gewalt in der Pflege: Vor allem ein Zeichen für Überforderung 12
- > Übergewicht im Alter: Mehr als ein Essproblem 14

Medien

- > Zahlungsverhalten: Die „Generation Bargeld“ zückt die Karte 16

Blickpunkt

- > Arbeiten im Alter: Der Blumenverkäufer 18

Vorgestellt

- > Wilder Babyboom: In der Natur ist jetzt der Nachwuchs los 20

Nach-Lese

22

Buchtip

23

Gewinnspiel

24



12



14



18



26



40



46

dbb

- > Einkommenspolitik – Tarifstreit geht in die Schlichtung: „So viel Verweigerung war nie“ 25

- > Warnstreiks und Proteste: Starke Auftritte für den öffentlichen Dienst 26

- > Dossier Gewalt gegen Beschäftigte – Gewalttaten gegen Polizeikräfte: Erschreckend hohe Fallzahlen 29

- > dbb talk: „Man macht sich schon gar nicht mehr bewusst, wie oft man bedroht wird ...“ 30

- > Online – Cybermobbing: Überall vernetzbar, überall verletzbar? 34

- > Reportage – Unterwegs mit dem Zoll am Hamburger Hafen: Wie sich Beamte gegen Schmuggler schützen 40

- > Interview – Prof. Dr. Jonas Rees, Universität Bielefeld: Härtere Strafen für Gewalttäter reichen nicht 46



Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

Für Ageismus sensibilisieren, gutes Altern anstreben

Auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung wurde der 9. Altersbericht der Bundesregierung im Detail vorgestellt.

Dr. Frank Berner, Leiter der Geschäftsstelle für die Altersberichte, vollzog die Entstehung und die Schwerpunkte des im Januar veröffentlichten 9. Altersberichts der Bundesregierung nach. Einer der Schwerpunkte seines Referats auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 17. und 18. März 2025 im dbb forum berlin waren Ageismus und die Diskriminierung älterer Menschen. Diese Themen entspringen fest in den Köpfen verankerten Altersbildern. Benachteiligungen, etwa durch Stereotype oder starre Altersgrenzen, seien auch vielen Älteren selbst nur



> Dr. Frank Berner

wenig bewusst. „Jeder kann betroffen sein. Deshalb muss die Gesamtgesellschaft für Ageismus sensibilisiert werden. Alter gehört als Diskriminierungsmerkmal ins Grund-

gesetz“, forderte Berner. Dies seien die Voraussetzungen dafür, eine Teilhabe für alle Älteren zu ermöglichen und gutes Altern anstreben zu können.

Der Soziologe, der am Deutschen Zentrum für Altersfragen auch zu Altersbildern und zur lokalen Sozialpolitik für ältere Menschen forscht, verwies darauf, dass die teils lebhaft diskutierten Untersuchungsergebnisse des Altersberichts von Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung begleitet würden. Die Empfehlungen zielen vor allem auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung ab. Entscheidungs- und Handlungsspielräume zu schaffen und zu sichern, bezeichnete Berner als notwendige Voraussetzung für ein Mindestmaß an Teilhabe. Dieses sei, so hätten die Untersuchungen gezeigt, vor allem für „hochaltrige Frauen mit Migrationsgeschichte“ mitunter prekär.



© Anke Adamik (5)

© Anke Adamik

Kompromiss verhindert“, sagte er. „Nunmehr erfolgt die Schlichtung. Der Ausgang ist offen.“

Der dbb Vize sprach auch darüber, wie sich der dbb nach der Bundestagswahl aufstellt, um die eigenen Positionen einzubringen. Vor allem gehe es um einen starken öffentlichen Dienst, das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum, die Ablehnung von Bürgerversicherung, um Stabilität der Renten, den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie um Mitbestimmung. Geyer stellte außerdem dar, wie sich der dbb in die Aktivitäten der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ einbringt. Diese verfolgt das Ziel, Effizienz und Bürgernähe der deutschen Verwaltung durch umfassende Reformen zu stärken.

Auch Vertreterinnen der beiden anderen dbb Querschnittorganisationen – Heidi Deuschle für die dbb frauen und Daria Abramov für die dbb jugend – berichteten über Aktivitäten und Pläne ihrer jeweiligen Zusammenschlüsse. Deuschle ging insbesondere auf das Ehegattensplitting ein: „Das muss weg“, sagte sie. „Wir müssen in den Familien die Kinder stärken.“

Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, berichtete über die Aktivitäten der Seniorinnen und Senioren im dbb, insbesondere über die Gründung der Seniorenorganisation der CESI, der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften. Anschließend verabschiedeten die Mitglieder der Hauptversammlung die Position „Bildung für ältere Menschen“. Bildung im Alter, ob wissenschaftlich, kulturell oder politisch, ist ein wichtiger Baustein für gutes Altern.



> Horst Günther Klitzing

Stefan Czogalla, Geschäftsbereichsleiter im dbb, informierte in seinem Impulsvortrag über die aktuelle Entwicklung der Rente, stellte Prognosen dazu vor und ging auf die Aussagen zum Thema Rente im aktuellen Sondierungspapier für die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD ein.

munen, berichtete von den vorerst gescheiterten Tarifverhandlungen: „Bund und Kommunen haben mit viel Verzögerung und destruktiver Energie einen



© Jan Brenner

> Volker Geyer

Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Verhandlungsführer des dbb in den laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kom-



BAGSO

Jetzt die Weichen in der Seniorenpolitik stellen

Die Dachorganisation formuliert ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) fordert die Politik auf, in den kommenden vier Jahren zentrale Herausforderungen der Seniorenpolitik beherzt anzugehen. In einem Brief an die Fraktionen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien werden dazu fünf Aufgabebereiche benannt.

Die BAGSO fordert einen besseren Zugang zu Hilfeleistungen, insbesondere bei der Grundsicherung im Alter. Altersbedingt steigende Kosten sollten über einen Mehrbedarfszuschlag ausgeglichen werden. Zudem setzt sich die Organisation dafür ein, dass der Bund die digitalen Kompetenzen und die digitale Teilhabe

älterer Menschen weiter stärkt und den DigitalPakt Alter fortführt und ausbaut.

Als weitere zentrale Herausforderung benennt die BAGSO den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung, mindestens jedoch die Begrenzung der Eigenanteile. Um die Pflege zu

Hause besser zu fördern, muss, analog zum Elterngeld, eine Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige eingeführt werden. Das Pflegesystem muss auch strukturell verbessert und den Kommunen wieder mehr Verantwortung übertragen werden. Weitere Aufgaben sind aus Sicht der BAGSO ein besserer Schutz vor Altersdiskriminierung und eine Initiative der Bundespolitik zur Förderung guter Altenhilfestrukturen in allen Kommunen Deutschlands. Die BAGSO vertritt 120 Mitgliedsorganisationen mit fast zehn Millionen Mitgliedern über 60, unter anderem auch die dbb bundesseniorenvertretung. ■

6

Aktuell

Altersdiskriminierung

„Wir müssen über negative Altersbilder reden“

45 Prozent der Menschen in Deutschland fühlen sich wegen ihres Alters benachteiligt - die Antidiskriminierungsstelle des Bundes fordert einen nationalen Aktionsplan.

Fast die Hälfte der Menschen in Deutschland über 16 Jahren hat schon mal Altersdiskriminierung erfahren. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GMS im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hervor. Laut der Erhebung gaben 45 Prozent der mehr als 2 000 Befragten an, aufgrund ihres Lebensalters benachteiligt worden zu sein. Altersdiskriminierung beruht auf der Annahme, dass Menschen

bestimmte Fähigkeiten entweder noch nicht oder nicht mehr besitzen. Betroffen sind demnach sowohl jüngere als auch ältere Menschen. Unter den 16- bis 44-Jährigen berichteten 52 Prozent der Befragten von Ausgrenzungserfahrungen aufgrund ihres Alters. Bei den über 65-Jährigen waren es mit 35 Prozent deutlich weniger. Der Bereich, in dem Altersdiskriminierung laut Studie am häufigsten vorkommt, ist das Arbeitsleben. 39 Prozent der Be-

troffenen gaben an, bei der Arbeit wegen ihres Alters ausgegrenzt worden zu sein. Dahinter folgten der Gesundheitsbereich (27 Prozent), Geschäfte und Dienstleistungen (24 Prozent) sowie der Wohnungsmarkt (22 Prozent).

„Wir müssen über die negativen Altersbilder in unserer Gesellschaft reden: Noch immer glauben Menschen, ältere Kollegen am Arbeitsplatz seien eine Belastung. Das ist Unsinn und schadet

der Wirtschaft“, sagte die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman bei der Vorstellung der Studie am 25. März 2025 in Berlin. Sie kritisierte im dpa-Interview, dass bisherige Bundesregierungen das Thema weitgehend ignoriert hätten und appellierte an die künftige Regierung, das Thema ernst zu nehmen. Die Bundesbeauftragte plädierte dafür, das Allgemeine Gleichstellungsgesetz zu novellieren, um die Rechte von Betroffenen zu stärken. Außerdem sollten die Interessen und Grundrechte älterer Menschen bei der Digitalisierung sowie der Nutzung von künstlicher Intelligenz konsequent geschützt und öffentliche und private Dienstleistungen weiterhin analog angeboten werden. Zudem sollte das Verbot von Altersdiskriminierung im Grundgesetz verankert werden. ■

Gewalt in der Pflege

Vor allem ein Zeichen für Überforderung

Um dem Risiko von Gewalt in der Pflege zu begegnen, fordern Fachleute dreierlei: gezielte Aus- und Fortbildungen, mehr Personal und vor allem die Enttabuisierung des Themas.

12

Titelthema

Gewalt in der Pflege war jahrzehntlang ein Tabu. Ob übergrieffige Pflegekräfte oder machtbewusste Ärzte, ob ungeduldige Patienten oder aggressive Bewohner von Pflegeeinrichtungen: All das fand einfach gar nicht statt, jedenfalls nicht offiziell. Aber Zivildienstleistende, Medizinstudentinnen, Sanitäter und Pflegegeschülerinnen erzählten davon – im privaten Kreis. Schon in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts war öffentlich von einer Pflegekrise die Rede. Den eher schlecht bezahlten, „typisch weiblichen“ Job im Dreischichtbetrieb auf einer unterbesetzten Pflegestation wollten nur wenige machen. Altenpflegekräfte fühlten sich allein gelassen mit den Problemen und verließen den Beruf nicht selten ganz.

Seitdem hat sich in der Pflege einiges grundsätzlich geändert: Altenpflege

wird nicht mehr nur als reine Grundversorgung verstanden, die Ausbildung ist fundierter, der Beruf inzwischen auch besser bezahlt. Gewaltvorfällen wird inzwischen nicht mehr durch schamhaftes Verschweigen begegnet. Vor allem gibt es Zahlen, trotz der grundsätzlichen Schwierigkeit, an Datenmaterial zu kommen.

► Gewalt ist vielfältig

Vielleicht der größte Fortschritt: Unter Gewalt wird nicht mehr allein ein körperlicher Zwangsakt verstanden. Anschreien, Beleidigungen und Bedrohungen werden inzwischen als psychische Formen von Gewalt verstanden. Ebenso gelten Vernachlässigung und Ignorieren als Gewalt, freiheitsentziehende Maßnahmen, finanzielle Ausbeutung oder sexualisierte Gewalt. Auch die Tatsache, dass nicht allein das Pflege-

personal oder pflegende Angehörige als Täter in Betracht kommen, sondern dass die Pflegebedürftigen, aus welchen Gründen auch immer, Gewalt gegenüber Personal, Angehörigen und anderen Patientinnen und Patienten ausüben, wird inzwischen mit in den Fokus genommen.

► Gewalt ist allgegenwärtig

Das Grundproblem jeder Befragung zum Thema ist, dass die Zahlen zur Gewalt gegen pflegebedürftige Menschen oftmals verzerrt sind, weil die Daten häufig über Befragungen von Mitarbeitenden und Einrichtungsleitungen erfasst werden. Sie werden nach ihrem eigenen Verhalten oder erinnerten Vorfällen befragt. So wird jedoch nur die Perspektive bestimmter Personengruppen betrachtet. Die Ergebnisse sind deshalb nicht

repräsentativ und können in der Regel nicht verallgemeinert werden.

Die Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege befragte in den Jahren 2021 und 2022 bundesweit etwa 1 000 Leitungspersonen (Geschäftsführung, Pflegedienstleitung, Heimleitung) zu Gewalt in der stationären Pflege. In diesem Rahmen berichten 69 Prozent von mindestens einem ihnen bekannt gewordenen Vorfall in ihrer Einrichtung innerhalb der letzten zwölf Monate. Konkret nennen 63 Prozent Gewalt zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, jeweils 19 Prozent durch Beschäftigte beziehungsweise Angehörige oder Gäste, fünf Prozent durch andere Dritte.

Laut einer vom Gewaltpräventionsprojekt PEKo 2023 in vier Bundesländern durchgeführten schriftli-

chen Befragung von Pflegefachpersonal aus den Bereichen stationäre Langzeitpflege, Krankenhaus und ambulante Pflege haben sogar 92 Prozent der Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Form von Gewalt im Pflegealltag erlebt. Psychische Gewalt wurde von 90 Prozent erlebt, körperliche Gewalt von 69 Prozent. Gleichzeitig gaben 70 Prozent der Befragten an, selbst gegenüber Pflegebedürftigen mindestens eine Form von Gewalt ausgeübt zu haben. Hier sind neben Vernachlässigung mit 55 Prozent psychische Gewaltereignisse mit 50 Prozent besonders präsent.

► Wie Gewalt entsteht

Wer in der Pflege arbeitet, sei es als Profi oder als Angehöriger, tut dies aus einem bestimmten Ethos heraus. Wenn es dann zu Gewalt gegenüber einem Pflegebedürftigen kommt, sei das fast immer ein Zeichen von Überlastung, erklärt Heinz Rothgang, Volkswirt an der Universität Bremen, gegenüber

dem Deutschlandfunk. Mit seinem Team hat er berechnet, dass man für eine fachgerechte Pflege 100 000 zusätzliche Kräfte in Vollzeit bräuchte. Weil diese fehlen, seien Pflegekräfte überlastet. Ausbildungsdefizite, der Einsatz von Leiharbeitskräften, die die Bewohner und ihre Bedürfnisse nicht kennen, und die häufig nicht adäquate Unterbringung von Demenzkranken fördern Gewalt zusätzlich.

► Ansätze in der Praxis

Enttabuisierung des Themas „Gewalt in der Pflege“, Fortbildungen, mehr Personal: Das sind die grundsätzlichen Forderungen von Pflegeexperten. In der Praxis setzen viele Träger von Pflegeeinrichtungen zuallererst auf Vorbeugung.

Die Volkssolidarität, die vor allem in den östlichen Bundesländern Senioreneinrichtungen und ambulante Pflegedienste betreibt, setzt „auf Gewaltprävention, nicht Reaktion“, betont Petra Manthey, Bereichsleiterin

Pflege und Prokuristin der Sozialdienste der Volkssolidarität Berlin. Für die 730 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt es nicht nur Schulungsunterlagen für Fortbildungen, die helfen sollen, für Formen von Gewalt und den speziellen Umgang mit Menschen mit Mehrfachbehinderungen oder psychischen Erkrankungen zu sensibilisieren, sondern auch Deeskalationstrainings. Auch den derzeit etwa 60 Auszubildenden wird das Thema nicht nur theoretisch nahegebracht. Im Rahmen der „Praxistage“ fertigen sie Videos an: Einerseits darüber, wie sie Gewalt im Ausbildungsalltag wahrnehmen, andererseits darüber, wie derartige Situationen vermieden oder entschärft werden können. Manthey und ihre Kollegen haben damit gute Erfahrungen gemacht: „Die Videos sind prägnanter und bleiben besser im Gedächtnis.“

Auch das Diakonische Werk Württemberg setzt mit seinen Mitgliedern auf Prävention. In der Selbstverpflichtungserklärung

„Menschenrecht – Gewaltschutz“ der ambulanten und stationären Langzeitpflege heißt es unter anderem: „Die Dienste und Einrichtungen schaffen Bedingungen für pflegebedürftige Menschen sowie für Mitarbeitende, die das Risiko senken, Opfer von Gewalt zu werden.“ Und Christina Köster, Referentin für ambulante Pflege, Gesundheit, Alter, Pflege, unterstreicht: „Schutzkonzepte zur Prävention von sexualisierter Gewalt werden vor Ort jeweils partizipativ erarbeitet.“

80 Prozent der Pflege aber finden zu Hause statt. Auch dort gibt es Gewalt, jedoch keine belastbaren Zahlen über deren Häufigkeit. Vor allem pflegende Angehörige müssen vor Überlastung geschützt werden. Etwa durch Kurzzeit- oder Verhinderungspflege. Auch Angebote wie die der Hospizdienste bieten Unterstützung. **ada**

► Webtipp

Mehr Informationen: t1p.de/Gewalt-in-der-Pflege

Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.

